

Wöchentlich 60 Bl., monatlich 2,00 Mk.
im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 Mk.
einwöchentlich 60 Blg. Postzeitungs- und
72 Blg. Postzeitungsgebühren. Auslands-
abonnement 6.— Mk. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Wort
und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Tatzeit“, „Bild in die
Bücherei“ und „Jugend-Berichte“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Herausgeber: Dönhofs 292-297 Telegramm-Nr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbescheid: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. D. S. u. Dist.-Bez., Depositenkassa Lindenstr. 3.

Die einseitige Konvertierung
des 10 Pfennig, Ref. Nr. 15. — Ref. Nr.
15. „Kleine Anzeigen“ des letz-
gedruckten Wortes 25 Pfennig (gültig zwei
Wochen). Jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellenangebote das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite
60 Pfennig. Tagesanzeigen im Haupt-
geschäft Einzeleinträge 3 wochentlich
von 8^{1/2} bis 17 Uhr.

Gruß der Internationale!

Exekutive und Kommissionen der SAJ. treten in Berlin zusammen.

Zum ersten Male seit der in Hamburg im Mai 1923 erfolgten Gründung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale tritt in Berlin die Exekutive der SAJ. zusammen. Im Zusammenhang mit der Tagung dieser wichtigsten Körperschaft der Internationale, die erst am Sonntag beginnt, versammeln sich in den vorangehenden Tagen die meisten der ständigen Kommissionen der Internationale.

So weisen die Mitglieder der Kommission für die Kriegsgefahr im Osten, die eine ganze Reihe von außenpolitischen und innerparteilichen Fragen des Ostens zu behandeln haben, bereits seit Montag in Berlin; sie dürften ihre Beratungen im Laufe des heutigen Tages beenden.

Heute tritt die ständige Abrüstungskommission der SAJ. zusammen, deren Arbeiten in der jetzigen Zeit von besonderer Bedeutung sind und für deren jetzige Tagung zweieinhalb Tage vorgesehen sind.

Daneben werden sich noch andere Ausschüsse, z. B. die Kommission für die politischen Gefangenen, versammeln.

Am Sonnabend tritt das Bureau der Internationale und schließlich am Sonntag die Exekutive der Internationale zusammen, die von Delegierten aller der SAJ. angeschlossenen Parteien gebildet ist.

So werden zum ersten Male seit Jahren und während einer ganzen Reihe von Tagen zahlreiche von den berufensten Vertretern des sozialistischen Proletariats der ganzen Welt als willkommene Gäste in unserer Mitte weilen.

Die Mitglieder der Sozialistischen Exekutive und der verschiedenen Kommissionen versammeln sich in Berlin in einem Zeitpunkt, in dem die deutsche Partei, nach jahrelangem Ringen innerhalb der Regierung um die Interessen der Arbeiterschaft, wieder ihre ganze Kraft in der Opposition entfalten kann. Die Berliner Tagung der Internationale erfolgt in einem Augenblick, in dem die deutsche Sozialdemokratie geschlossenere denn je zusammensteht, um die reaktionären Anschläge eines Bürgerblockkabinetts abzuwehren und um kommende Kämpfe für die Erlangung noch größerer Macht im demokratisch-republikanischen Deutschland zu führen.

In dieser Zeit innerpolitischer Hochspannung ist uns die Anwesenheit der führenden Genossen der Internationale ganz besonders willkommen. Denn immer hat die deutsche Partei einen wesentlichen Teil ihrer Macht und ihrer Anziehungskraft aus dem Gefühl jener internationalen Verbundenheit geschöpft, die allen Gliedern des sozialistischen Proletariats in der Welt moralisch und physisch zugute kommt. Der Kampf, den die deutsche Sozialdemokratie gegen den jetzigen Bürgerblockkurs aufgenommen hat, ist nicht nur für die deutsche Arbeiterschaft, sondern für die gesamte Internationale von Bedeutung.

In diesem Kampfe stehen namentlich die Berliner Sozialdemokraten an vorderster Stelle. Sie haben, selbst in den schwierigen Jahren der Koalitionspolitik und der Wirtschaftsnot, glänzende organisatorische Erfolge erzielt und die Zahl ihrer Mitglieder seit der Stabilisierung mehr als verdoppelt. Unter den neuen günstigeren Umständen werden unsere Berliner Genossen erst recht ihre Reihen vermehren und ihre Erfolge gegen rechts und links steigern können. Stärkstes Leben pulsiert gegenwärtig in der Berliner Parteiorganisation. Die Berliner Genossinnen und Genossen werden es sich zur Ehre anrechnen, dies vor den Delegierten der Internationale zu beweisen, indem sie in Scharen zu der großen Kundgebung erscheinen werden, die die Partei am kommenden Montagabend in den Gesamträumen der „Neuen Welt“ aus Anlaß dieser Exekutivtagung veranstaltet.

Die Abrüstungskommission der SAJ.

Die ständige Abrüstungskommission der Internationale, die ihre beiden letzten Tagungen Anfang Januar im Haag und Mitte März in Paris abgehalten hat, tritt heute nachmittag drei Uhr in den Räumen des Parteivorstandes der SPD. zusammen.

Es gehören ihr an die Genossen Albarada-Holland als Vorsitzender, de Brouckere-Belgien, Breitscheid-Deutschland, Gillies-England, Renaudel-Frankreich, Otto Bauer-Österreich, Hansson-Schweden und Andersen-Dänemark als Vertreter Skandinaviens sowie Frih Adler als Sekretär der Internationale.

Kabinett und Osthilfe.

Es wird beraten. — Im Beisein von Luther.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beriet heute nachmittag unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther sehr eingehend den Entwurf eines Gesetzes über Hilfsmassnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens (Osthilfegesetz). Die Besprechungen werden Mittwoch nachmittag fortgesetzt.

Die Teilnahme des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther an den Dienstberatungen des Reichskabinetts über die Osthilfe stand, wie die Telegraphenunion von gut unterrichteter Seite erfährt, im Zusammenhang mit der Umschuldungsfrage und den damit hervorgerufenen Kreditfragen. Im übrigen hat sich das Reichskabinett am Dienstag im wesentlichen mit den Möglichkeiten der Finanzierung des Sofortprogramms beschäftigt, dem als der ersten und grundlegenden Teilkaktion des für eine Reihe von Jahren ins Auge gefassten Ostprogramms auch finanziell eine besondere Bedeutung zukommt.

Bekanntlich sind im Reichshaushalt selbst für das Ostprogramm 51,3 Millionen Mark vorgesehen. Weiter sollen der Reichsbefehl in dem frei werdenden Gebiet im Westen sowie gewisse Restbeträge der Bank für Industrieobligationen zur Finanzierung herangezogen werden. Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, den Reichsbefehl in dem noch besetzten Gebiet zu verschleudern. Das hat aber zur Folge, daß die aus diesem Posten flüssig zu machenden Summen nur sehr allmählich einlaufen können. Der hierdurch zu mobilisierende Betrag

zusammen mit den Restbeträgen der Bank für Industrieobligationen wird gleichfalls auf rund 50 Millionen oder etwas mehr geschätzt.

Das Sofortprogramm wird noch vor der Sommerpause des Reichstags verabschiedet werden müssen. Schwierigkeiten bei den vorbereitenden Kabinettsberatungen macht im übrigen noch immer die Frage der Begrenzung des zu erfassenden Ostgebietes. Auch mit Preußen wird man sich noch über Fragen der Durchführung des Programms auseinandersetzen haben.

Arbeiter-Nachwahl-Sieg bei London.

Freihandel siegt über Schutzzoll.

London, 6. Mai. (Eigenbericht.)

In West-Fulham bei London wurde am Dienstag bei einer Nachwahl der Kandidat der Arbeiterpartei gewählt. Die Liberalen hatten keinen Kandidaten aufgestellt und die Parole ausgegeben, für den sozialistischen Kandidaten zu stimmen. Da gewisse konservative Kreise die Wahlparole „Schutz-zoll oder Freihandel“ ausgegeben hatten, erhielt die Nachwahl, die mit großer Leidenschaft ausgefochten wurde, besondere politische Bedeutung.

Australische Labour-Regierung rüstet ab.

Canberra, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Die australische Arbeiterregierung hat aus Gründen der Sparsamkeit beschlossen, zwei U-Boote und einen Zerstörer außer Dienst zu stellen. Die australische Flotte besteht aus vier Kreuzern, acht Zerstörern und zwei U-Booten.

Keine Ruhe in China.

Neuer Bürgerkrieg droht.

Von Peter Garwy.

Es gärt wieder in China. In den nordwestlichen Provinzen feiert der Hungertod seine Orgien. Millionen sterben, ohne daß die „weiße“ Welt sich darum kümmert. Der katastrophale Preisfall auf dem Silbermarkt hat eine akute Währungskrise heraufbeschworen. Die Wirtschaftslage verschlechtert sich. Teuerung und Arbeitslosigkeit drücken wie Bleigewichte auf das junge chinesische Proletariat.

Die bolschewistische Presse übertreibt, wenn sie über eine „steigende revolutionäre Streitwelle“ in den Städten und über im ganzen Lande auslodernde Bauernaufstände unter kommunistischer Führung berichtet. Sie will damit das Vorhandensein einer neuen „revolutionären Situation“ beweisen. Nach der jüngsten Schlappe der putschistischen Taktik der Komintern in Westeuropa und Amerika ist das Bestreben der Komintern, die „revolutionäre Situation“ wiederum nach dem Fernen Osten zu verlegen — nur zu begreiflich. Die chaotischen Zustände in China bieten viel mehr Nähr- und Zündstoff für die putschistische Taktik der Komintern, als im Westen.

Der Bürgerkrieg steht wieder vor den Toren. Der dreifache Sieg Tschangkaifichs über seine Widerfächer im Jahre 1929 bedeutete nur eine kurze Atempause, die zu einer Umgruppierung der Gegner Rankings geführt hat. Der Krieg der Generale ist wieder da.

Wie kam es dazu? Der kommunistische Versuch, die chinesische Revolution nach russischem Muster über ihre geschichtlichen Grenzen hinauszutreiben, führte zur vorzeitigen Spaltung der revolutionären Einheitsfront, zur politischen Ausschaltung des Proletariats und zum Sieg des bürgerlichen Flügels der Kuomintang-Partei. Die Diktatur Tschangkaifichs, die sich seither auf der stark verschmälerten sozialen Basis aufbaute, konnte sich nicht als eine wirklich nationale Regierung behaupten. Die Zentralisierungsbestrebungen der Rankingregierung, die auf eine Kontrolle der Ortsfinanzen und einen Abbau der zahlreichen Provinzarmeen hinfielen, sind auf heftigen Widerstand der Provinzmachthaber und der militärischen Befehlshaber gestoßen. Die großzügigen Reorganisationspläne der Rankingregierung auf allen Gebieten des Wirtschafts-, Staats- und Kulturlebens blieben — zum Teil dank der Finanznot — auf dem Papier stehen. Aber am meisten wurden die Rivalen Tschangkaifichs durch die letzten Schläppen der Rankingregierung auf dem Gebiete der Außenpolitik ermutigt.

Chinas militärische und diplomatische Niederlage im Ostasienbahn-Konflikt mit Rußland hat die Lage der Rankingregierung ungemein geschwächt. Ebenso wenig Erfolg hat die Rankingregierung mit ihrer Offensive gegen die „Vertragsmächte“ gehabt. Es gelang ihr nicht, am 1. Januar die Extraterritorialitätsrechte einseitig aufzuheben. Zwar besteht die Kraft der Rankinger „Nationalregierung“ zum großen Teil in der Anerkennung und Unterstützung durch die Großmächte und in erster Reihe durch Amerika. Aber die außenpolitischen Mißerfolge der letzten Zeit haben die Stellung Rankings als nationaler chinesischer Regierung stark erschüttert. Noch mehr: wieder regt sich die Gefahr des Zerfalls Chinas, wieder droht ein Krieg zwischen dem Süden und dem Norden auszubrechen. Ranking hat bisher einzelne Gruppen seiner Gegner nacheinander zu treffen, aber nicht zu vernichten vermocht. Das Gefährlichste aber für Ranking ist die neueste Umgruppierung seiner Widerfächer, die sich kürzlich in einer Koalition im Norden zusammengeschlossen. Im Vergleich zu dieser mächtigen Koalition sind die Linksgefahr und sogar die Bauernaufstände in Südjina eine zweitrangige Gefahr.

Die Kombination Fengjüsiang—Dschschian, die sogar in Peking eine Gegenregierung aufzustellen versuchen, wird dadurch für Ranking besonders gefährlich, daß sie den alten Gegensatz und das alte Mißtrauen zwischen Nord und Süd zu schüren und auszunutzen sucht. Die Entthronung Pekings hat bekanntlich die Nordchinesen, besonders das alte abgebaute Beamtenum, gegen die Vorherrschaft der Südjinesen, gegen Ranking, aufgebracht. Die buntschichtige Koalition im Norden, die die Linksoptionen der Kuomintang mit den Militaristen aus der Kaiserzeit vereinigt, wird durch kein positives politisches Ziel, sondern durch den Haß gegen Ranking zusammengeschmiedet. Die Wiederherstellung der Hegemonie des Nordens ist wenigstens für die nächste Zeit eine wirtschaftliche und staatspolitische Unmöglichkeit. Es ist kaum zu zweifeln, daß hinter dieser Nordkoalition gewisse Fremdmächte stehen, die gerade jetzt an der Schwächung der Rankingregierung und folglich an der Abstumpfung ihrer außenpolitischen Offensive interessiert sind.

Peking gegen Ranking. Aber die entscheidende Rolle in dieser Kraftprobe fällt Mutden zu. Es handelt

sich um ein innerpolitisches Dreieck. Der fast unabhängige Beherrscher der Mandchurei hält sich einstweilen „neutral“. General Tschanghüesiang ist keineswegs ein Freund Tschang-kaischets, des Bestiegers seines Vaters. Aber ebensovwenig ist er geneigt, an einer Kombination mit dem treulosen Fong teilzunehmen, der seinen Vater, Tschanghsolin, verraten hat und der immer noch unter dem Verdacht steht, mit Moskau in Verbindung zu sein. Der Rukdener Diktator braucht außerdem Nantings diplomatische Unterstützung gegen Sowjetrußland und Japan, die in der Mandchurei Träger der Fremdherrschaft sind. Auch Nanting braucht seinerseits Rukdens Unterstützung sowohl auf dem Gebiete der Außenpolitik, als auch im inneren Kampfe gegen die Nordkoalition von Jen und Fong.

Immerhin ist die Lage in China stark gespannt, was zum großen Teil auf die Rechnung der Fremdmächte kommt, die der Wiederherstellung der Souveränität Chinas immer noch im Wege stehen. Ob es zu einem wirklichen Krieg zwischen Nanting und Peking, zwischen Süd und Nord kommen wird, bleibt dahingestellt. Die Rivalen befinden sich zwar in voller Kriegsbereitschaft, aber sie zögern einstweilen, zu den Feindseligkeiten überzugehen. Im chinesischen Generalkrieg entscheidet nicht so sehr die Macht der Waffen, als die Macht des Geldes. In beider Hinsicht befindet sich die Nantingregierung in einer günstigeren Lage als die rebellische Gegenregierung. Tschang-kaischets ausweichende Taktik wird in der Hauptsache durch das Bestreben bestimmt, Zeit zu gewinnen, um seine Gegner durch Verhandlungen und Zahlung von Unterstützungen zu zerlegen.

Aber auch diesmal wird der Sieg Nantings über die Nordkoalition von Jen und Fong keine endgültige Lösung der verwickelten chinesischen Krise mit sich bringen. Die Bauernaufstände können freilich nicht völlig auf die Rechnung der kommunistischen Agitation gestellt werden. Die Kommunisten suchen zwar die vorhandene allgemeine Unzufriedenheit in China zu ihren Parteizwecken auszunutzen. Die in Moskau in kurzer Zeit bevorstehenden russisch-chinesischen Verhandlungen wegen der chinesischen Ostbahn sollen — wie es scheint — unter dem Druck der kommunistischen Bauernaufstände in China gestellt werden. Aber im Grunde genommen sind die Bauernaufstände durch die Tatsache zu erklären, daß die einst von der Kuomintang verkündete radikale Agrarreform, die die Agrarrevolution von 1925—27 abschließen sollte, so gut wie ausgeblieben ist. Die Not der Bauernschaft ist unbeschreiblich. Die Bauern wie die Arbeiter fühlen sich durch die herrschende Clique betrogen, die sich immer noch als Revolutionäre, als Vollstrecker des Vermächtnisses Sunjatsens gebärden. Nicht nur die Kommunisten, sondern auch die aufständlichen Generäle aller Schattierungen bauen auf diese zunehmende Unzufriedenheit der Volksmassen.

Die parteipolitische Diktatur Tschang-kaischets verjagt. Es war ein Grundfehler Sunjatsens zu glauben, daß das chinesische Volk durch eine militärische Parteidiktatur zur Demokratie erzogen werden könne. Nur mit demokratischen Methoden kann ein Volk zur Demokratie erzogen werden. Es ist sehr merkwürdig und symptomatisch, daß die Führer der Nordkoalition — freilich aus rein demagogischen Gründen — die Lösung der Einberufung eines „Nationalkongresses“ aufstellen. Das Land hat das Generalgeiz und die Diktatur satt. Eine scharfe Wendung in der inneren Politik Chinas tut not. Die soziale Basis der Nantingregierung muß entschieden erweitert werden. Die radikale Agrarreform und die soziale Gesetzgebung müssen Wirklichkeit werden. Die freie Selbstbetätigung der Arbeiter wie der Bauern muß wieder hergestellt werden. Nicht die Diktatur, nur die Demokratie ist imstande, das neue China von Zerfall und Untergang zu retten!

Vorläufige Nationalversammlung nach Peking einberufen.

Peking, 6. Mai.

Die Regierung Tschanghüesiang hat beschlossen, eine vorläufige Nationalversammlung in Peking einzuberufen, zu der Vertreter der chinesischen Provinz eingeladen sind. Die Nationalversammlung soll eine neue Regierung wählen und außerdem über eine neue chinesische Verfassung beraten.

Heße ohne Sachkunde.

Demagogischer Haß gegen die Sozialdemokratie.

Der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, übt sich in Heße gegen die Sozialdemokratie. Er hat das Geschrei gegen die Berufung Egon Wertheimers nach Genf kräftig unterstützt. Er war über die „mangelnde Qualifikation“ Wertheimers ganz genau informiert, nur leider nicht über die Person; denn er hielt Wertheimer, den Korrespondenten des Soz. Pressedienstes, für den Londoner Korrespondenten des Wolffbüros.

Am Sonntag eskalierte der „Deutsche“ gegen einen anderen Fall einer angeblichen Berufung eines Sozialdemokraten. Er schrieb über das Revirement im Auswärtigen Amt:

„Außerdem hat der Personalreferent im Auswärtigen Amt, Schneider, gebeten, ihn spätestens bis zum Herbst von diesem Amte zu entbinden. Schneider will in die Gelehrtenlaufbahn zurückkehren.“

Als sein Nachfolger ist der Gesandte Köster in Oslo in Aussicht genommen. Köster ist u. B. Sozialdemokrat. Damit hat also die Sozialdemokratie den für die Personalpolitik des Auswärtigen Amtes wichtigsten Posten in der Hand; die Sozialdemokratie nennt das bei anderen Futtertrümpfen. Und das von einer Regierung, die gestern noch ein sozialistischer Abgeordneter als Bürgerblockregierung des antisozialdemokratischen „Massenkampfes“ beschimpfte.“

Die Niedertracht dieses Angriffs ist unübertrieben, wie die Bemerkung, aus der er hervorgeht — die Personalkenntnis aber auch! Die Redaktion des „Deutschen“ hat den Gesandten Köster in Oslo mit dem verstorbenen Genossen Adolf Köster, den Gesandten in Belgrad, verwechselt. Der tragische Tod Adolf Kösters ist an ihr ebenso unbeachtet vorübergegangen wie die Würdigung seiner Person und seines Wirkens in der gesamten deutschen Presse.

Am Montag erklärte nun der „Deutsche“:

„Zu den Personalveränderungen im Auswärtigen Amte erfahren wir, daß es sich bei Köster um den früheren Chef des Protokolls im Auswärtigen Amt handelt. Unsere polemischen Bemerkungen entfallen also.“

Diese Art von Journalismus kann nicht verlangen, ernst genommen zu werden — sie ist ziemlich einzigartig!

Hafenkreuz über Sachsen.

Bürgerblock unter der Firma Beamtenkabinet — abhängig von den Nazis.

Dresden, 6. Mai. (Eigenbericht.)

In der Dienstagssitzung des Sächsischen Landtages wurde der Präsident des Staatsrechnungshofes Schiel mit 46 Stimmen der bürgerlichen Fraktionen zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Nationalsozialisten enthielten sich der Stimme. Auf den Sozialdemokraten Fleißner entfielen 32 Stimmen, der Kommunist Renner erhielt 12 Stimmen.

Vor der Wahl gab der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Blüher im Namen sämtlicher bürgerlichen Parteien ausschließlich der Nationalsozialisten eine Erklärung ab, nach der eine Persönlichkeit gewählt werden solle, die ein unparteiisches Beamtenkabinet bilde. Der Gewählte solle sich für die Annahme der Wahl erst erklären, nachdem das Kabinet gebildet sei und er mit den Parteien, die ihn gewählt hätten, zu einem

Einverständnis über die Zusammensetzung der Regierung gelangt sei.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Edel verwies darauf, daß die Demokraten, die ursprünglich kein von den Nationalsozialisten abhängiges Kabinet unterstützen wollten, von diesem Entschluß abgegangen seien. Die Sozialdemokratie sei bereit gemeldet, sich an einer Regierung zu beteiligen.

Am Dienstag der kommenden Woche soll die neue Regierung dem Landtag ihr Programm unterbreiten. Am Mittwoch wird dann über die vorliegenden Auflösungsanträge abgestimmt werden. Die Nationalsozialisten haben nicht die Absicht, in jedem Falle für die Auflösung zu stimmen. Sie wollen ihre Stellungnahme von der Zusammensetzung der Regierung abhängig machen und benutzen die Drohung mit der Auflösung des Landtages offenbar, um auf diese Weise eine ihnen genehme Zusammensetzung der Regierung zu erpressen.

Schieles neue Einfuhrscheine.

Berstarke Exportschleuderei mit Agrarprodukten.

Nachdem das Kabinet der Einfuhrscheinepolitik Schieles bereits in der vorigen Woche im Prinzip zugestimmt hat, sind nunmehr mit Wirkung vom 13. Mai die Einfuhrscheine für Getreide und Schweine erhöht und neue Einfuhrscheine für Rinder, Schafe und Rindfleisch eingeführt worden. Für Roggen, Hafer und Gerste konnte während der Regierung Hermann Müller eine Erhöhung der Exportprämie über 6 Mark pro Doppelzentner verhindert werden. Nunmehr sind die Einfuhrscheine für diese drei Getreidearten auf 9 Mark, das heißt also um 50 Prozent gesteigert worden. Damit hatte der Einfuhrschein 100 Prozent und mehr des Weltmarktpreises erreicht. Zu Rindfleisch und sonstigen Getreideerzeugnissen werden die Einfuhrscheine erst in den nächsten Tagen festgelegt.

Der Einfuhrschein für Schweine ist gegenüber einem bisherigen Stand von 18 Mark auf 27 Mark pro Doppelzentner erhöht, für Schweinefleisch wurde er auf 36 Mark festgesetzt. (Schweinehälften 48 Mark!) Neu eingeführt wurden Exportprämien für Rinder und Schafe in der jeweiligen Zollhöhe von 24,50 Mark und 22,50 Mark je Doppelzentner, ferner für Rinder- und Schafffleisch in Höhe von 45 Mark (in verschlossenen Dosen 60 Mark).

Da in dem Zollgesetz vom 15. April die Bestimmung enthalten ist, daß auch bei Erhöhung der Einfuhrscheine die Belastung der Reichskasse durch das Exportdumping die Belastung des Vorjahres nicht überschreiten darf, wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, die Berechnung von Einfuhrscheinen zu sperren, wenn die Ausfuhr von Roggen, Roggenstroh und Hafer zu den neuen Einfuhrscheinfäden 700 000 Doppelzentner, von Hafer 500 000 Doppelzentner zu überschreiten droht. Die diesbezüglichen Meldungen scheinen allerdings bisher nicht vollständig zu sein. Denn eine Ausfuhr von 1 200 000 Doppelzentner Roggen und Hafer würde die Belastung der Reichskasse im vorigen Jahr nicht überschreiten, ja sogar erst zu 20 bis 30 Prozent erreichen. Ist jedoch dieses Exportkontingent als monatliche Höchstausfuhr gedacht, so wäre allein schon aus den Einfuhrscheinen für Roggen und Hafer eine Ueberwälzung der bisherigen Einfuhrscheinbelastung von 75 Millionen zu erwarten.

Wir sind überhaupt der Meinung, daß die Erhöhung und Neueinführung der Einfuhrscheine in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer Mehrbelastung der Reichskasse gegenüber dem letzten Jahr führen müsse. Denn bereits bei gleichbleibendem Export ergibt sich infolge der erhöhten Festsetzung der Exportprämien eine gesteigerte Belastung. Die Aufgabe der neuen Maßnahme ist es jedoch, die Ausfuhr wesentlich zu steigern und die Inlandspreise zu erhöhen. Auf welche Weise bei Ausdehnung des Exports und erhöhten Exportprämien die Belastung der Reichskasse auf dem Stande des Vorjahres von 75 Millionen Mark gehalten werden soll, bleibt ein Geheimnis des Reichsernährungsministers.

Die große Belastung der Reichskasse steht fest. Dabei ist es jedoch sehr wahrscheinlich, daß sich diejenigen Länder, die unter dem deutschen gesteigerten Exportdumping besonders zu leiden haben, nicht ohne weiteres mit diesen Maßnahmen abfinden werden. Bereits jetzt ist die Erbitterung in den skandinavischen Ländern und auch in England über die deutsche Exportschleuderei sehr groß. Besonders in den Ostseestaaten wird die deutsche Roggen- und Rindfleischschleuderei immer mehr mit einem Kampf gegen den deutschen Industriewarenexport beantwortet.

Dabei ist die von Schiele gewünschte Erhöhung der Inlandspreise für Agrarprodukte höchst fraglich. Auch ohne Gegenmaßnahmen des Auslandes ist besonders bei Roggen und Rindfleisch die Wirkung der Einfuhrscheine sehr zweifelhaft. Bei Roggen erfolgt eher eine Senkung der ausländischen als eine Steigerung der inländischen Preise. Die letzte deutsche Zollserhöhung für Rinder hat zu einer Senkung der dänischen Rinderpreise geführt. Im Ausland werden durch die neuen Maßnahmen aber auch die ausländischen Lebensmittelpreise künstlich geholt und damit die Konkurrenzfähigkeit des Auslandes gegenüber Deutschland in der industriellen Produktion weiter verbessert. Im Inland sind neue Preissteigerungen gewollt und die Verteuerung der Lebenshaltung wahrscheinlich.

Man wird also wieder Millionenbündel — zum großen Teil ans Ausland — verschenken, wobei nur über den angerichteten Schaden Klartext besteht, nicht über den Nutzen.

Volksparteilicher Separatismus.

Reichsreform im Zeichen des Welfenrosses.

Die preußische Regierung hat drei hannoversche Landräte, die offen fröndierten, ihres Amtes entsetzt. Der volksparteiliche „Hannoversche Kurier“ veröffentlichte darauf unter der Überschrift „Kampfslog“ einen Aufsatz im Stile des kleinlichsten Partikularismus gegen die „preußische Zentralregierung“, der zu einer Losrennung des „Selbstverwaltungsgebietes Niedersachsen“ von Preußen aufforderte.

Dieser lächerliche Anfall von Separatismus aus Mißvergnügen über die Wahrung deutscher nationaler Landräte ist von niemand ernstgenommen worden. Der geschäftsführende Ausschuss des Landesverbandes Südhannover-Braunschweig der Deutschen Volkspartei, der unter Hinzuziehung der Vorsitzenden der Kreisvereine tagte, erklärt nun folgendes:

„Durch die Entlassung der drei hannoverschen Landräte ist in weiten Kreisen der Bevölkerung eine starke Erregung verursacht. Der Staatsregierung liegt die durch Staatsnotwendigkeiten gebotene Pflicht ob, dieser ersten Lage Rechnung zu tragen. Wir richten an unsere Fraktion die dringende Bitte, die danach gebotenen Schritte bei den maßgebenden Regierungsstellen zu tun. Die Wahlkreisvertretung richtet einmütig an die Reichsparteiführung des nachdrückliche Verlangen, die immer dringlicher gewordenen Reichsreform beschleunigt zu einem praktischen Ergebnis zu führen.“

Da spricht man zwar nicht mehr separatistisch, aber man merkt, was die wackeren Volksparteiler von Hannover sich unter Reichsreform vorstellen: eine Entfesselung partikularistischer-reaktionärer Tendenzen. Reichsreform im Welfengeiste!

Die Bevölkerung von Hannover ist über ganz andere Dinge erregt — so zum Beispiel über das Spartakusbuch und das „Abschiedsgeschenk“ des abgesetzten Landrats Kleine, worüber inzwischen amtliche Ermittlungen eingeleitet worden sind.

Wieder Länderkonferenz.

Die Reichsreform in Reden.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern beabsichtigt, für Ende Mai, spätestens Anfang Juni, die Ausschüsse der Länderkonferenz zur Fortsetzung der Verhandlungen über die Reichsreform einzuberufen. Die nach zweijähriger Dauer abgebrochenen Verhandlungen über Organisation und Zuständigkeit von Reich und Ländern geben die

Grundlage für die endgültige und wirklich organische Gestaltung des Reiches, die nur vom gesamtdeutschen Gesichtspunkte aus erfolgen darf.

Selbstmordversuch Hans Markwalds.

Er und seine Frau in Lebensgefahr.

Frankfurt a. M., 6. Mai. (Eigenbericht.)

Der sozialdemokratische Abgeordnete des Preussischen Landtags Hans Markwald, bisheriger Chefredakteur der Frankfurter „Volksstimme“, und seine Frau nahmen am Montagabend eine so große Menge Veronal zu sich, daß sie am Dienstag in bewußtlosen Zustände aufgefunden wurden und in lebensgefährlichem Zustande in das Krankenhaus übergeführt werden mußten. Der Zustand des Ehepaares hat sich am Dienstag gegen Abend etwas gebessert. Es besteht jedoch noch wie vor Lebensgefahr.

Nach einem Beschluß der zuständigen Parteinstanzen sollte Genosse Markwald in Zukunft die Berliner Vertretung des Blattes übernehmen, während für die Leitung Genosse Saternus bestimmt wurde. Es scheint, daß Markwald, der bereits erschöpft und überarbeitet war, diesen Beschluß falsch aufgefaßt und zum Anlaß seines Verzweiflungsschlusses genommen hat.

Der Wehretat im Ausschuss.

Genosse Künstler über die Kieler Munitionsaffäre.

Die Kieler Munitionsaffäre wurde im Haushaltsausschuss vom Reichswehrminister mit recht unzureichenden Bemerkungen behandelt. Das gab dem Abg. Künstler (Soz.) die Gelegenheit, jenen Standfall nochmals an Hand eingehenden Materials zu erörtern. Dabei kam das Reichswehrministerium nicht gut weg. Danach erteilte Abg. Künstler die folgende Auffassung des Reichswehrministers über das Beschwerderecht und die Etatsunklarheiten in bezug auf die Arbeiterbeschäftigung bei der Reichswehr. Zum Schluß nahm er sich noch die Kommunisten vor.

Abg. Biedermann (Soz.) betonte, daß die republikanische Gesinnung in der Reichswehr entgegen den Bestrebungen des Wehrministers nicht die Fortschritte macht, die nötig sind. Immer noch seien Veranlassungen von Teilen der Reichswehr mit staatsfeindlichen Vereinen festzustellen. Die Strenge des Ministers dringe einfach nicht nach unten durch. Diese Kommandanten seien noch in den Gedankenengängen der wilhelminischen Zeit befangen. Notwendig sei es, daß die Reichswehr bei Verfassungsfeiern mehr in die Erscheinung trete.

Weiterberatung am Mittwoch, vormittags 10 Uhr.

Der Landtag tagt wieder.

Beratung kleinerer Haushaltspläne.

Nach längerer Osterpause trat der Preussische Landtag am Dienstag wieder zusammen, um vor allem eine Reihe kleinerer Haushaltspläne aufzuarbeiten. Es ging dabei im wesentlichen ohne größere Debatten ab, so daß die umfangreiche Tagesordnung in einer knapp vierstündigen Sitzung erledigt werden konnte. Die Kommunisten unternahmen einen Vorstoß gegen die Verordnung des Wohlfahrtsministers, künftig den Anträgen auf Herabsetzung des Zinsfußes der Hauszinssteuerhypotheken von 3 auf 1 Proz. nur dann stattzugeben, wenn die Gesamtbelastung 150 Proz. der Friedensmiete überschreitet. Diese Frage soll im Wohnungs- und Siedlungsausschuß näher geprüft werden.

Die einzige längere Debatte kam bei der Beratung des Haushalts des Landtages, wobei die Vertreter der Oppositionsparteien sich mit keinen Bemängelungen begnügen mußten, stichhaltige Kritik aber kaum übten.

Verbunden mit dieser Beratung war der schon länger lagernde Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Landtags, einen Antrag, den die Antragsteller offenbar selbst schon vergessen hatten und den jetzt Herr Labendorff in einer 5-Minuten-Rede ebenso kurz wie kläglich begründete. Die Abstimmung über diesen Antrag wird am Mittwoch erfolgen, gleichzeitig mit den wichtigen Abstimmungen über den Haushalt des Kultusministeriums.

Ueber die Tagungszeiten des Landtags hat der Kestenausschuß in seiner Dienstagssitzung beschlossen, die Woche vom 12. bis 17. Mai freizulassen, dafür aber vom 19. bis 24. Mai zu tagen und dann in die Pfingstferien einzutreten, die voraussichtlich bis zum 23. Juni dauern sollen.

Peter Schlaaf vor Zentrumsarbeitern.

Glaubst du an Wunder?

Unter den Arbeitermassen des Zentrums gärt es. Die Empörung und Erbitterung über die neuen unsozialen Steuern, die die vom Zentrum geführte neue Reichsregierung zu verantworten hat, schlagen in den katholischen Arbeiterversammlungen hohe Wogen. So ging es auf einer Protestkundgebung der christlichen Genossenschaftler in Essen überaus hitzvoll zu. Der Hauptredner war Reichstagsabgeordneter Schlaaf, derselbe Zentrumsabgeordnete, der den Kurs der neuen Reichsregierung am treffendsten charakterisiert hat durch den Satz: „Das Kabinett Brüning ist die reaktionärste Regierung seit der Revolution.“

Immer wieder gab es bei der Protestkundgebung gegen die Belastung der Konsumvereine aus den Massen heraus sehr eindeutige Zwischenrufe, die dem Unmut über die ungerechten Steuern Luft machten. Stürmische, minutenlange Zustimmung fand die Bemerkung des Redners: „Je weiter wir von der Revolution wegkommen, umso näher rückt die Reaktion heran.“ Wiederholt machte sich die Empörung so elementar bemerkbar, daß über die wahre Stimmung der christlichen Arbeiterschaft kein Zweifel mehr bestehen kann. Kein Wunder, wenn Schlaaf außerordentlich scharfe Töne anschlug. Er schloß mit den Worten: „Wir sind nicht bereit, die Peitsche zu küssen, die uns schlägt; wir werden uns eine solche ungerechte Behandlung nicht mehr gefallen lassen.“

Den jetzt plötzlich sehr arbeiterfreundlichen Versicherungen des Zentrums stehen aber die katholischen Arbeiter allem Anschein nach sehr skeptisch gegenüber; denn als der Referent mit erhöhter Stimme rief, es müsse endlich Schluß gemacht werden mit der Massenbelastung, da kam spontan der Ruf: „Glaubst du an Wunder?“

Amerikanische Silberlinge.

Kostgeschloß mit Christuspielen.

München, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Der gesamte Bilderdienst über die Oberammergauer Passionsspiele ist der „New York Times“ als Monopol verkauft worden. Die „Kugsburger Postzeitung“ erfährt dazu von der Festspielleitung in Oberammergau:

„Seit 1910 hat die Festspielleitung die gesamte Bilderberichterstattung sowie das unbeschränkte Verlagsrecht aller offiziellen Oberammergauer Spielaufnahmen einem einzigen deutschen Kunstverlag übertragen. Auch für das Spieljahr 1930 hatte dieser Vertrag seine Gültigkeit. Bezüglich dem Münchener Kunstverlag Brudmann war das alleinige Verlagsrecht übertragen. Dieser deutsche Kunstverlag verkauft ohne Wissen und Willen der Oberammergauer Spielleitung die gesamte Bilderberichterstattung dem erwähnten amerikanischen Unternehmen. Auf sofortige Anfrage bestätigte der Brudmann-Verlag seine Handlungsweise und suchte sie mit allen möglichen Ausreden zu beschönigen. Der Verlag (dessen führende Leute der Hitler-Bewegung nahe stehen, die sie auch schon materiell unterstützt haben, D. Red.) wurde von der Festspielleitung sofort nach Bekanntwerden dieses Schachers gezwungen, unzerzückt und ohne Kompromiß den Vertrag mit der „New York Times“ zu lösen.“

Mexiko gegen Moskau.

Sowjetrussischer Geschäftsträger verhaftet und ausgewiesen.

Mexiko, 6. Mai.

Der sowjetrussische Geschäftsträger Jakob Friedmann, der seit dem Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Mexiko und Sowjetrußland hier amtierte, wurde wegen kommunistischer Umtriebe festgenommen. Er wird unverzüglich außer Landes gebracht werden.

Auf der Flucht erschossen.

An der bulgarischen Grenze.

Sofia, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag versuchten zwei bewaffnete junge Männer bei Berkowiza illegal die Grenze nach Südslawien zu überschreiten. Obwohl sie bereits südslawisches Territorium erreicht hatten, schossen die bulgarischen Posten ihnen nach, wodurch einer der beiden Männer getötet, der andere schwer verwundet wurde. Die Feststellungen ergaben, daß beide Kommunisten sind, die vor der politischen Polizei ins Anstand rüchten wollten.

Demokratische Fortschritte.



„Die älteren finden schon ganz gut in den neuen Stall, nur ein paar junge Lemmer versuchen noch bisweilen auszubrechen!“

Indiens Nationaltrauertag.

Blut in Delhi und Kalkutta geflossen.

New Delhi, 6. Mai. (Eigenbericht.)

In allen größeren Orten Nordindiens wurde der Dienstag als Trauertag wegen der Verhaftung Gandhis durch Arbeitsruhe begangen. An zahlreichen Orten kam es zu mehr oder minder schweren Zwischenfällen und Zusammenstößen. In Delhi feuerte die Polizei auf eine Menschenmenge, die eine Polizeistation umlagerte und sich trotz Aufforderung nicht zerstreute. Mehrere Eingeborene wurden verletzt, zwei sind gestorben. In Kalkutta wurden ein Polizeioberleutnant und ein Polizeiergeant durch Steinwürfe aus der Menge verletzt. Sie antworteten mit Revolvergeschüssen. In Bombay versuchten Textilarbeiter eine Spinnerei in Brand zu stecken. Auch hier feuerte die Polizei auf die Menge.

Wie aus Burma gemeldet wird, hat sich die Regierung durch die Gerüchte über schlechten Gesundheitszustand Gandhis veranlaßt gesehen, Gandhi durch drei Ärzte untersuchen zu lassen. Sein Zustand wird als befriedigend bezeichnet. Tausende Menschen pilgern zu Gandhis-Belagern.

Im Laufe des Dienstag verbreitete sich durch ganz Indien die Nachricht von dem Erdbeben in Birma, dem 6000 Menschen zum Opfer fielen. Die Bevölkerung betrauert

dieses Naturgeschehen als Strafe Gottes für die Verhaftung Gandhis.

Dem Tiger die Bühne gezogen?

London, 6. Mai.

Der Sonderkorrespondent der „Times“ in Simla vertritt in einem langen Telegramm die Ansicht, daß die Verhaftung Gandhis im richtigen Augenblick erfolgt sei. Er sagt: Die Schuld der Regierung hat ihr taktische und materielle Vorteile gesichert; vor allem hat sie erreicht, daß sich die anfängliche Begeisterung der Anhänger Gandhis abkühlte. Die große Mehrheit der Landleute und der Stadtbewohner fängt an, der Störung des normalen Lebens und der Störung des Geschäftsverkehrs müde zu werden. Außerdem hat die unauffällige Verhaftung zahlreicher Unterführer Gandhis, während dieser selbst in Dandi im heißen Kampfsitz stand, die lokalen Aktionskomitees der Nationalisten geschwächt und in Unordnung gebracht. Während der nächsten Tage wird in den großen Zentren, wie Bombay, Kalkutta usw., zweifellos Kritik zur Sprache kommen. Aber es ist Tatsache, daß dem „nationalistischen Tiger“ die meisten seiner Zähne gezogen worden sind.

Straßenkampf in Madrid.

Universität geschlossen. — Studenten werfen Dachziegel.

Madrid, 6. Mai.

Die Unruhen im Universitätsviertel dauerten auch am Montag nachmittags noch an und fanden erst ein Ende, als der Rektor und der Senat beschloßen, die Universität bis auf weiteres zu schließen. Zwei von den bei den Zusammenstößen am Montag verwundeten Leuten liegen im Sterben, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf drei erhöhen wird. Die faschistischen Studenten befinden sich in schärfstem Gegensatz zu den Rebellen und klopfen Unanimo wegen seiner „Hereden“ als indirekten Urheber der blutigen Zwischenfälle an. Der Straßenverkehr war am Montagmittag nach verschiedenen Teilen der Stadt bis zu drei Stunden unterbrochen. Die Arbeiterschaft verhält sich bis jetzt neutral.

Rechtliche Zwischenfälle wie an der medizinischen Fakultät haben sich auch an der juristischen Fakultät abgespielt. Als Professor Unanimo dort heute vormittags erschien, um dem Rektor der Universität einen Besuch abzustatten, wurde er von einer Gruppe von Studenten mit Jubel empfangen, während andere protestierten. Studenten erklagten das Dach, demolierten die Turmuhr und rissen Dachziegel ab, die sie nicht nur gegen die Gendarmen, sondern auch gegen Passanten schleuderten, von denen mehrere verletzt wurden.

Zu den Zwischenfällen in der Universität wird mitgeteilt, daß die Geblöten nicht Studenten sind.

Die Regierung hat den Vortrag des republikanischen Führers

Domingo am 8. Mai in Athenäum sowie alle Versammlungen, die zu Zwischenfällen führen könnten, verboten. Professor Unanimo wurde aufgefordert, nach Salamanca zurückzukehren. Die Behörde der Madrider Universität hat den vom Rektor gefaßten Beschluß, die Universität vorläufig zu schließen, gebilligt. Eine Erklärung der Regierung bedauert die Zwischenfälle sehr und betont, daß sie ihre Pflicht zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande tun werde.

Ersparnis am Wehretat.

In Spanisch-Marokko.

Letuan, 6. Mai.

In Ausführung des Sparplanes in Spanisch-Marokko werden demnächst mehrere Infanteriebatalione, sowie einige Abteilungen Artillerie, Pioniertruppen und Militärverwaltungseinheiten nach Spanien zurückkehren. Die Kavallerie wird ebenfalls vermindert werden. Dieses Jahr werden 5000 Mann heimbeordert, was eine Ersparnis von 11 Millionen Peseten bedeutet. Die künftige Befugung von Spanisch-Marokko wird ausschließlich aus einer kleinen mit spanischen und einheimischen Freiwilligen gebildeten Kolonialarmee bestehen.

Nicht von Schubert, sondern von Neurath soll deutscher Botschafter in London werden, dafür soll Schubert nach Rom.

Tanghens Mandatsniederlegung. Der frühere demokratische Reichstagsabgeordnete Tangen hat nunmehr sein Reichstagsmandat niedergelegt.

Rudolf von Laban.

Zum Ballettmeister der Staatsoper ernannt.

Die Frage, wer als Nachfolger von Terpsis an die Spitze der wichtigsten deutschen Theaterengruppe treten werde, hat monatelang die Gemüter beschäftigt. Alle Projekte zerfielen, keine Kandidatur konnte aufrecht erhalten werden. Schon schien die ganze Sache hoffnungslos verfahren, die günstigste Gelegenheit verpaßt, eine Reform an Haupt und Gliedern reinlich durchzuführen. Da kommt die Nachricht, Rudolf von Laban, der Schöpfer des modernen Tanzes, der Mann, der der neuen Kunst der rhythmischen Körperbewegung die theoretischen und praktischen Fundamente gelegt hat, übernimmt als Choreograph und Regisseur die Leitung des Tanzensembles an der Berliner Staatsoper. Nach Beendigung der Bayreuther Festspiele, bei denen er die Bewegungsregie führt, wird Laban sein neues Amt antreten.

Ueber die künstlerischen Leistungen Labans, namentlich in den letzten Jahren, mögen die Ansichten geteilt sein. Der ungeliebte Drang, unbedingt Neues zu schaffen, auf unerprobten Wegen Zielen anzustreben, die nicht immer ganz klar ersichtbar waren, und darüber

das ruhige Ausarbeiten und Ausreifenlassen zu vernachlässigen, mag an manchen äußeren Mißerfolg schuld sein. Bestehen blieb und bleibt die überragende Persönlichkeit, der aus unerschöpflichen Quellen schöpfende, der vom heiligen Geist des Tanzes Besessene, dem die Kunst Leben und Sein bedeutet.

Labans Name hat Weltberühmtheit. Seinem Träger wird es, wenn überhaupt einem, gelingen, sich gegenüber den allmächtigen musikalischen Opernbeherrschern durchzusetzen, die heute noch vielfach Hemmnisse einer gesunden Entwicklung des Bühnentanzes sind. Er wird sich kaum dazu verstehen, als dienender Diener der Kapellmeister zu fungieren und die Mitglieder seines Ensembles Statistendienste tun zu lassen. Ein Rudolf von Laban hat den Anspruch, den berühmtesten Ballettchoreographen gleichberechtigt zu sein.

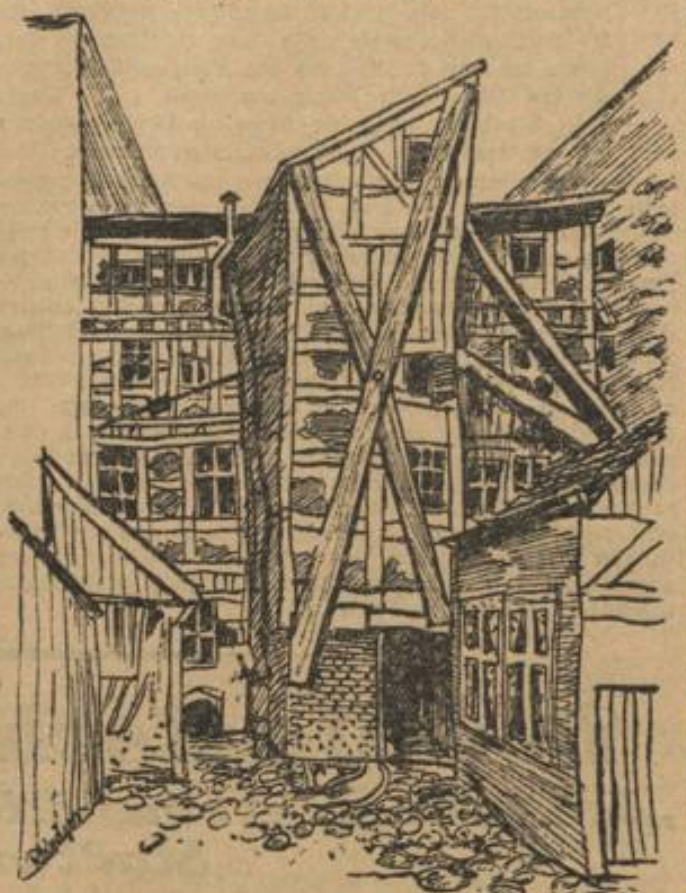
Hoffen wir, daß die maßgebenden Instanzen sich der Erkenntnis dieser Tatsachen nicht verschließen. Hoffen wir, daß sie sich der historischen Bedeutung des Augenblicks bewußt sind, eines Augenblicks, wie er in der Entwicklungsgeschichte des modernen Tanzes nicht so bald wiederkehren dürfte. Hoffen wir, daß sie nicht nur den rechten Mann an den rechten Platz zu setzen verstanden, sondern auch willens sind, ihm diesen Platz zu sichern. J. S.

Das schiefe Haus an der Fischerbrücke.

„Schiefe“ Berühmtheiten weisen viele Städte auf: Pisa mit seinem schiefen Turm ist dadurch weltbekannt; warum sollte unsere Vaterstadt zurückstehen? Zwar das Baumwerk, das wir in der Zeichnung zeigen, tritt nicht eben durch Meisterhaftigkeit seiner Architektur hervor, es wäre völlig unbekannt und unbeachtet geblieben, wenn nicht eben seine „Schiefe“ wäre. Die ist allerdings so hervorragend, daß selbst der aufmerksame Betrachter kaum noch einen geraden Balken entdecken kann. Trotzdem ist das Gebäude bis auf den letzten Nagel bewohnt, und seine Bewohner sollen sich recht wohl fühlen.

Es hat jedenfalls mehrere Jahrhunderte standhaft überstanden, und anscheinend hat die Baupolizei gegen seine Existenz nichts einzuwenden. Zwar der Schriftsteller Bamberger, durch dessen Sondernotizen durch Mi-Berlin (veranstaltet vom Bezirksamt Schöneberg ab 10.30 Uhr Spittelmarkt) wir das Haus kennenlernten, warnt in seiner launigen Weise seine Zuhörer vor Betreten des Hauses; aber alle folgen ihrem Führer auf den Hof eben im Vertrauen auf die Behörde, die sogar ein Bewohnen zuläßt, können sich dann allerdings eines gewissen ängstlichen Gefühls nicht erwehren. „Die Riste sieht doch zu wackelig aus.“ Die ersten Stützen, das große stützende Andreaskreuz, das, wie die Zeichnung zeigt, den in den Hof hineinragenden Giebel hält, bekam das Haus bereits vor 140 Jahren, also etwa zur Zeit der Französischen Revolution. Was hat so ein altes Gemäuer alles erlebt! Zwei weitere Stützen wurden notwendig, die schützende Dachpappenbekleidung hängt in Fetzen herunter. Schließlich kam ein genialer Schöpfer auf die glänzende Idee, durch zwei Eisenstangen den wegfallenden Giebel an den Hauptteil zu fetten. In der Mitte erhielten die Stangen ein Gewinde, und durch eine Schraube, die nachgezogen werden kann, wird die nötige Spannung erzeugt. Auch die Fassade zur Straße „An der Fischerbrücke“ zu, macht einen mehr als altertümlichen Eindruck, der Fuß will absolut nicht mehr am Mauerwerk haften. Aber sonst ist die moderne Zeit mit ihrer Hygiene eingezogen. Die Toiletten sind zwar in einem Holzschuppen auf dem Hof, haben aber Wasserleitung. Und so wird das alte Gemäuer, nun schon „historisch“ geworden, hoffentlich erhalten. Es ist eben doch

mehr als altes Gerümpel, macht es doch wie kaum ein anderes die Entwicklung Berlins zur Weltstadt deutlich.



Vor 140 Jahren wurde die erste Stütze angebracht.

Erdbeben fordert 6000 Tote!

Eine Stadt völlig zerstört. — Religiöse Demonstrationen.

London, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Die Erdbebenkatastrophe in Indien soll nach den hier vorliegenden Berichten annähernd 6000 Todesopfer gefordert haben. Der größte Teil der Opfer ist in Pegu zu verzeichnen, einer Stadt von etwas über 11000 Einwohnern, die vollständig zerstört worden ist. In Rangoon wurde die Wendagospagode, eines der sieben Weltwunder, die im sechsten Jahrhundert erbaut wurde und deren Stuppel aus reinem Gold besteht, schwer beschädigt. — Der indischen Bevölkerung hat sich angesichts der Katastrophe eine außerordentliche Erregung bemächtigt, die zu neuen Zwischenfällen und Zusammenstößen beitragen kann.

Da die Verbindungen mit Rangoon unterbrochen sind, liegen keine genauen Einzelheiten über das Unglück vor, doch ergibt sich aus den verschiedenen indirekten Meldungen etwa folgendes Bild: Auf die Erdstöße folgte eine Springslut und der Ausbruch von Feuer. Pegu ist völlig vernichtet, Rangoon hat zum Teil sehr schwer gelitten. Etwa 50 Gebäude wurden zerstört; die weltberühmte Schwe Dagon Pagode wurde beschädigt. Dem Hauptbeben ging eine Anzahl kleinerer Erderschütterungen voraus. Die große Eisenbahnbrücke 5 Kilometer nördlich von Pegu auf der Hauptlinie nach Mandalay wurde zerstört. Die indischen Extremisten, die in dem Erdbeben eine Strafe für die Verhaftung Gandhi sehen, haben in Rangoon große religiöse Demonstrationen abgehalten.

700 Arbeiter durch Feuersbrunst arbeitslos.

Brandkatastrophe in Amerika.

New York, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Eine Brandkatastrophe in Massachusetts (New-Hampshire) führte zur Zerstörung von 260 Gebäuden. Von der Katastrophe sind hauptsächlich Arbeiter betroffen, die an dem abgebrannten Stadtteil ansässig und nur notdürftig versorgt waren. Der Bürgermeister der Stadt hat einen Aufruf zur Unterstützung der Notleidenden erlassen. 700 Arbeiter wurden durch die Katastrophe arbeitslos.

Nationalsozialistische Gemeinheiten.

Verleumdungen unter dem Schutze der Immunität.

Wir berichteten ausführlich über den feigen Feuerüberfall Berliner Hakenkreuzler auf Angehörige des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Königsplatz am 5. März dieses Jahres, bei dem der völlig unbeteiligte, den Kommunisten nahestehende Arbeiter Kuban beim Verlassen einer Mieterversammlung durch einen Schuß getötet und drei Angehörige des Reichsbanners durch Schüsse verletzt wurden.

Die eingehenden polizeilichen Ermittlungen haben einwandfrei ergeben, daß der Zusammenstoß von den ausdrücklich aus Berlin zu diesem Zweck herbeigerufenen nationalsozialistischen Verstärkungstruppen provoziert wurde, und daß die Schüsse nur von den Nationalsozialisten abgegeben worden sein können. Mit einer nicht mehr zu überbietenden Frechheit sucht der von dem Reichstagsabgeordneten Straßer herausgegebene „Nationalsozialist“ dem Reichsbanner die Blutschuld zuzuschreiben. Nach der wahrheitswidrigen Darstellung des Blattes soll der Reichsbannerkamerad Genosse Fleck am 5. März in Königsplatz einen Überfall von Reichsbannerleuten auf Hakenkreuzler inszeniert haben. Fleck sei deshalb

verhaftet worden, die Hakenkreuzler aber seien sämtlich unschuldig. Tatsache ist, daß Fleck niemals verhaftet oder vorläufig festgenommen oder auch nur verdächtigt worden ist. Das Straßenblatt selbst gibt zu, daß der Zusammenstoß vor dem Verfassungstafel des Reichsbanners stattfand. Zur Bemäntelung des Unfalles, daß nur Gegner der Hakenkreuzler durch Schüsse zu Schaden kamen, versteigt es sich zu der unsinnigen Behauptung, daß die Reichsbannerleute sich gegenseitig beschossen hätten. Der kommende Prozeß wird hoffentlich volle Wahrheit über die wahren Schuldigen bringen.

Kampf den Nazis! Der Ortsverein Tiergarten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltet am heutigen Mittwoch, dem 7. Mai, 20 Uhr, in den Arminiushallen, Bremer Straße 72-73, eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: Kampf den Nazis! Es spricht Reichstagsabgeordneter Kamerad Westphal, Eintritt 20 Pfg. Emeritische Mitglieder republikanischer Parteien oder Verbände frei! Der Spielmannszug Tiergarten spielt vorher von 19.30 Uhr bis 20 Uhr auf dem Arminiusplatz. Erscheint in Massen!

Sprechchor für proletarische Feiernunden. Die Übungsstunde findet in dieser Woche nicht am Donnerstag, sondern am Freitag statt. Es wird für die Sonnenwendfeier geübt.

Opfer der Spielleidenschaft.

Selbstmord eines Berliners in Zoppot.

Danzig, 6. Mai.

Der aus Berlin-Charlottenburg stammende 35jährige Dr. jur. Ewald Johate hat sich in Zoppot in den Anlagen der Wilhelmstraße durch einen Schuß in den Mund getötet. Der Grund zu der unglückseligen Tat liegt in den zerrütteten Familienverhältnissen. Frau Johate ist eifrige Beschützerin des Zoppoter Spielklubs und besand sich, als man ihr die Nachricht vom Selbstmord ihres Mannes überbringen wollte, gerade am Spieltisch.

Der Kunstfonds der Stadt Berlin. Eine Korrespondenz verbreitet die Nachricht, die Stadt Berlin habe sich infolge der finanziellen Notlage gezwungen gesehen, im neuen Haushaltsplan den Kunstfonds völlig zu streichen. Diese Meldung entspricht nicht den Tatsachen. Der Magistrat hat in dem Etatentwurf lediglich eine Herabsetzung des Postens zum Ankauf von Kunstwerken von 400.000 R. auf 300.000 R. vorgesehen. Die Deputation hat sich mit der Vorlage noch nicht beschäftigt.



„Ich versichere Ihnen, daß Herr Rist bei voller Vernunft ist. Das sind alles nur diese vermaledeuten Zeitungsartikel.“
 „Ist das wirklich wahr? Oder wollen Sie mich nur trösten? Ich muß alles erfahren, ich bin ja doch die einzige, die wirklich ein Anrecht darauf hat. Sprechen Sie, erzählen Sie, ich flehe Sie an darum! Weidet er jetzt wirklich an schwerer Tuberkulose?“
 „Keine Spur. Das ist ja alles Unsinn.“
 „Und er darfst auch nicht? Und er hungert nicht?“
 „Wenn Sie allen Quatsch glauben, der in Dagens Rnheder steht, dann ist Ihnen nicht zu helfen, Fräulein Sandel. Glauben Sie wirklich, daß ich meine Häftlinge verschmähen lasse? Dann fragen Sie mich doch bitte auch, ob ich wirklich von geradezu sadistischer Grausamkeit bin, wie Fräulein Hasting sich auszubilden beliebt.“
 „Wer ist Fräulein Hasting?“
 „Die Korrespondentin von Dagens Rnheder. Haben Sie denn nicht gelesen? A. H. Das ist Birgit Hasting, immer wieder nur Birgit Hasting.“
 „Ach — dann meinen Sie, daß Dagens Rnheder nicht ganz die Wahrheit sprechen?“
 „Ja, das meine ich.“
 „Dann — ja dann — dann entschuldigen Sie bitte, ich möchte Ihnen Ihre kostbare Zeit nicht länger rauben — ich glaube Ihnen, daß mein Bräutigam nicht wahnsinnig ist und nicht schwindsüchtig — nehmen Sie mir bitte ein Mißtrauen nicht übel — und grüßen Sie meinen Bräutigam — und dann fahre ich wieder nach Hause.“
 „Halt, halt, liebes Fräulein, so schnell geht das nicht. Was fällt Ihnen ein, gleich wieder davonzulaufen! Sie wollten doch Ihren Bräutigam eben erst noch befreien.“
 „Ja, aber ich glaube Ihnen. Sie sind sicher nicht von geradezu sadistischer Grausamkeit. Ich sehe es Ihnen an. Sie werden keine Unschuld sicher auch ohne mich herausfinden. Entschuldigen Sie also nochmals und besten Dank und auf Wiedersehen!“
 „Halt, halt, sind Sie denn ganz des Teufels. Ich werde

Sie jetzt doch nicht einfach wieder davonlaufen lassen. Nein, nein, Fräulein Sandel, das gibt es nicht. Sie wollten uns doch dringliche Mitteilungen machen. Sollten diese Mitteilungen sich nur auf einen wahnsinnigen und tuberkulösen Bräutigam beziehen und bei einem normalen und gesunden keine Geltung mehr haben?“
 „Ja.“
 „Fräulein Sandel, Sie haben sich selbst freiwillig zu einer Aussage gemeldet. Ich werde Sie jetzt etwas fragen und Sie haben mir darauf zu antworten: Halten Sie Ihren Bräutigam für unschuldig oder nicht?“
 „Mein Bräutigam hat mir Treue geschworen, und ein Mann wie mein Bräutigam bricht seine Schwüre nicht.“
 „Wenn ich aber hier, sehen Sie, in diesem Aktensündel mehrere Aussagen von verschiedenen Frauen habe, daß er sie verführt, belogen, überfallen und Gott weiß was noch hat — es tut mir leid, Ihnen das mitteilen zu müssen — was sagen Sie dann dazu?“
 „Daß es nicht wahr ist.“
 „Das ist eine etwas einfache Erklärung.“
 „Alle diese Frauen sind böse, daß er sich nichts aus Ihnen gemacht hat. Alle diese Frauen lügen. Ich allein, ich kenne meinen Bräutigam. Er ist so zart, daß er es kaum gewagt hat, mich zu küssen. Kann ich jetzt gehen?“
 „Nein, zum Donnerwetter! Sehen Sie sich, sehen Sie sich sofort wieder hin.“
 „Was wollen Sie denn noch von mir?“
 „Ich will, daß Sie dableiben, daß Sie solange dableiben, bis es mir gelungen ist, Torben Rist aus einem Gipsenstergewebe von Lügen und Verleumdungen zu befreien. Ich will, daß Sie mir dabei helfen. Verstanden! Schon hat sich einiges, was gänzlich unerklärlich schien, aufgeklärt. Vielleicht gelingt es uns, Licht in die Sache zu bringen. Sie können jetzt nicht einfach davonlaufen. Sie müssen mir helfen, seine Unschuld zu beweisen. Ich muß nur noch dieses Telegramm durchlesen. Entschuldigen Sie einen Augenblick, dann sprechen wir weiter.“
 „Fräulein Maria Sandel, so leid es mir tut, ich sehe mich gezwungen, Sie im Auftrag der Polizeidirektion von Oslo in Haft zu nehmen. Sie sind dringend verdächtig, mit Ihrem Bräutigam, dem Bandenführer Thorwald Stirre im Bunde zu sein und Norwegen fluchtartig verlassen zu haben.“
 „Das Protokoll wird abgebrochen.“
 Rgl. Amtsgericht Søndrup, 15. Juli 1929.
 Ges. S. & Jakobien.

Radiogramm.
 richter jakobien sändrup amtsgericht
 abgängig seit vierzehnten dieses maria sandel stop reist unter pah auf sandel stop blond zöpfe dreizehnwanzig jahre besondere merkzeichen keine mittelgroß stop dringend verdächtig mitwisserschaft an bandenfraudation stop erbitten wenn möglich sofortige verhaftung stop torben rist nach photos sicher identisch mit thorswald stirre stop bandenfraudant aus oslo stop bräutigam der sandel stop vermuten sandel sändrup stop erbitten auslieferung stirre sandel stop polizeidirektion oslo.

Protokoll
 aufgenommen mit dem Untersuchungsgefangenen Torben Rist, recte Thorwald Stirre.
 „Herr Thorwald Stirre, ich habe Ihnen mitzuteilen, daß die Polizeidirektion Oslo Ihre Auslieferung von uns verlangt hat.“
 „O Gott, o Gott!“
 „Herr Stirre, Ihre Braut Maria Sandel ist vor wenigen Minuten ebenfalls auf Aufforderung der Polizeidirektion Oslo von mir in Haft genommen worden.“
 „Sie ist unschuldig. Sie hatte von nichts eine Ahnung. Ich schwöre es bei meiner Liebe zu ihr. Aber was soll denn das alles heißen? Wo hin ich denn? Und wie konnten Sie Maria in Haft nehmen?“
 „Sie war hergereist, um Ihnen zu Hilfe zu eilen.“
 „Sie ist hier? Hier in diesem Hause? Herr Untersuchungsrichter, ich flehe Sie an, ich will alles verstehen, alles, alles, ich habe genug gelitten, ich — ich — lassen Sie mich Maria sehen, lassen Sie sie mir sprechen, ein paar Worte nur, o Gott, was wird sie von mir denken.“
 „Ihre Braut ist von Ihrer Unschuld — ich meine natürlich nur von Ihrer Unschuld auf der Insel überzeugt, Herr Rist — Herr Stirre. Weinen Sie doch nicht. Sie sind ja ein Mann. Sie können doch nicht so fürchterlich weinen. Ich werde Sie mit Fräulein Sandel zusammenführen, sowie unser Protokoll hier zu Ende ist. Ich muß dann sofort mit Oslo telefonieren. Also nehmen Sie sich zusammen.“
 „Diese Schande, diese entsetzliche Schande!“
 „Jetzt passen Sie auf, Sie müssen mir nur ein paar Fragen beantworten, dann können Sie mit Ihrer Braut sprechen, natürlich nicht allein, sondern im Beisein einer Amtsperson. Weinen Sie nicht so jämmerlich. Ich kann das nicht aushalten.“
 (Fortsetzung folgt.)

Neuer Schlag gegen den Straßenhandel. Starke Beunruhigung unter den ambulanten Gewerbetreibenden

In ihren Bezirksversammlungen in Moabit-Tiergarten und Schönhauser Vorstadt-Brenzlauer Berg nahmen die Berliner Straßenhändler in entschiedener Form Stellung gegen den dem Reichstage zugewiesenen Entwurf zwecks Änderung der Reichsgewerbeordnung.

Von den Referenten Brendel und Seipel vom Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender wurde insbesondere die Neuformulierung des § 42b einer scharfen Kritik unterzogen, weil hiernach die Handelsverträge vom Bedürfnisnachweis abhängig gemacht werden soll. Diese und andere den Straßenhandel einschränkende Paragraphen wurden von den Referenten als Ausnahmebestimmungen schlimmster Art, welche für kein anderes Gewerbe existieren, bezeichnet. Wie ein roter Faden zieht sich das Bestreben nach Einschränkung und schließlich Abschließung des gesamten ambulanten Gewerbes durch den vorliegenden Entwurf. Auch muß betont werden, daß insbesondere während der Frühlingszeit der Straßenhandel der Volkswirtschaft durch schnellste Weiterbildung den allerbesten Dienst erweist.

In öffentlicher Versammlung protestierten in Korns Feststätten die Wochenmarkthändler des Bezirkes Nichtenberg gegen die geplante Änderung der RGO. Nach dem in Vorschlag gebrachten neuen § 64a soll der Verkauf auf den Privatwochenmärkten eine gewaltige Einschränkung durch Nichtzulassung vieler Artikel, insbesondere Textilien, erfahren, wodurch etwa 50 Prozent der Marktstände ihre Existenz verlieren und darüber hinaus die 120 Wochenmärkte in Groß-Berlin ihre Wirtschaftlichkeit einbüßen müßten. Der Referent Brendel betonte, daß es nur recht und billig wäre, wenn man die Ausnahmebestimmungen der RGO beseitigte. Statt dessen sollen die bestehenden eine weitere Verschärfung gegen alle Sparten des ambulanten Gewerbes erhalten. In den Versammlungen wurden Entschlüsse angenommen, in welchen gegen jede Einschränkung des ambulanten Gewerbes aufs Schärfste protestiert wird.

Haftmilderung für Willy Skarel. Gegen 50000 Mark Sicherheit.

Vor der Strafkammer des Landgerichts I fand am Dienstag Termin zur Prüfung des gegen Willy Skarel erlassenen Haftbefehls statt. Der Haftbefehl wurde aufrechterhalten, da dringender Tatverdacht und Fluchtgefahr nach wie vor begründet erscheinen.

Gegen den Widerspruch der Staatsanwaltschaft beschloß jedoch das Gericht, Willy Skarel bis auf weiteres mit der Untersuchungshaft zu verschonen, wenn er eine Sicherheit von 50000 M. leistet und bestimmte Sicherheitsanordnungen einhält (dreimal in der Woche Meldung auf der Polizei, Angabe jedes Wohnortes, Besuchen des Anstaltssortes nur mit Zustimmung des Untersuchungsrichters). Diese Anordnung wurde getroffen, weil die vernommenen vier Sachverständigen die Verschonung mit der Untersuchungshaft wegen des augenblicklichen Gesundheitszustandes des Angeklagten — er leidet an Zuckerkrankheit und vorgeschrittener Arteriosklerose — für dringend erforderlich erachtet haben.

Über die gegen Bea und Max Skarel bestehenden Haftbefehle wird am 8. Mai im schriftlichen Verfahren entschieden werden.

Die Seuche der Schlagermensur. Zweikampf-Prozess vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 6. Mai.

Der 1. Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich am Dienstag mit einem Zweikampf zu beschäftigen: Der Student Wilhelm Wenzel in Heidelberg verurteilte in einer Schlagermensur den Studenten Neuhof. Unvorsichtigerweise berührte Neuhof die Wunde mit dem Finger und zog sich dadurch eine Aufsteckung zu, an der er starb.

Nachdem das Schöffengericht in Heidelberg Wenzel durch Urteil vom 14. Februar 1930 lediglich wegen Zweikampfes, aber nicht wegen Tötung im Zweikampf verurteilt hatte, legte die Staatsanwaltschaft Sprungrevision ein, da nach ihrer Ansicht Verurteilung nach Paragraph 206 des Strafgesetzbuches (Tötung im Zweikampf) hätte erfolgen müssen.

In der Verhandlung von dem 1. Strafsenat des Reichsgerichts trat der Reichsanwalt die Revision der Staatsanwaltschaft und beantragte Aufhebung des vom Schöffengericht Heidelberg gefällten Urteils. Der Senat verwarf die Sprungrevision der Staatsanwaltschaft. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, bei der Auslegung des Paragraphen 206 des Strafgesetzbuches sei vom Sprachgebrauch auszugehen. Danach müsse der Wortlaut des Paragraphen 206 dahin ausgelegt werden, daß eine Tötung im Zweikampf nicht anzunehmen sei, wenn der Verletzte oder ein Dritter vorsätzlich oder fahrlässig in den Verlauf der Verletzung eingreife.

Räuber überfallen Diplomatenauto.

Bukarest, 6. Mai.

Ein Kraftwagen, in dem sich der zur Zeit in Rumänien weilende amerikanische Finanzberater in Polen, Charles Dewey, die Frau des polnischen Gesandten in Bukarest, Szembeck, und der rumänische Gesandte in Washington, Dawilla, befanden, wurde während der Nacht in der Nähe von Bukarest von sechs Räubern überfallen. Die Reisenden wurden mit Pistolen bedroht und ausgeplündert. Frau Szembeck mußte ihre Schmucksachen ausliefern. Die Räuber ließen die Kugelwunden ihre Fahrt fortsetzen.

Zwei englische Flugzeuge abstürzt.

London, 6. Mai.

Wie das Luftfahrtministerium bekannt gibt, ist in der Nähe von Bisham ein britisches Kampfflugzeug abstürzt, wobei der Beobachter getötet und der Führer schwer verletzt wurde. Ein zweites Flugzeugabsturz ereignete sich in England in der Nähe von Hampton. Der Flieger wurde getötet.

Ein volkstümlicher Vortrag Magnus Hirschfelds. Im Rahmen des volkstümlichen Aufklärungskurses (Sexualwissenschaftliche Vorträge für Fortgeschrittene) am Institut für Sexualwissenschaft (Ernst Haedel-Saal, In den Zeiten 9a) spricht am heutigen Mittwoch um 20 Uhr Herr Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld über das Thema: „Sexualreform auf sexualwissenschaftlicher Grundlage“.

Flegel, aber nicht Volksvertreter.

Fritz Lange gestäubt. — Kommunisten beanspruchen Sonderrechte.

Der kommunistische Stadtverordnete Fritz Lange hatte in der Neuköllner Bezirksversammlung vom 29. Januar fürchterlichen Radau gemacht, weil ein Kriminalbeamter auf der Presstribüne wessen sollte. Als der Bezirksverordnetenvorsteher Josef Arndt die Sitzung unterbrach und den Saal verlassen wollte, nahm Lange die Glocke des Vorstehers und warf sie Arndt mit den Worten nach: „Nehmen Sie das Zeichen ihrer Würde nur gleich mit!“ Wegen dieser Beleidigung mußte sich Lange am Dienstagvormittag vor dem Amtsgericht Neukölln verantworten.

Bezirksverordnetenvorsteher Arndt war als Nebenkläger zugelassen. Lange hielt wieder lange Reden und warf Arndt vor, die Geschäftsordnung durchbrochen zu haben. Das hätte ihn in so große Erregung gebracht. Auf Zwischenfragen gab Lange zu, daß sich zwar die Kommunisten das Recht nähmen, die Geschäftsordnung nicht zu beachten, daß sie aber von allen anderen Fraktionen die Befolgung der Geschäftsordnung verlangen müßten. Dieser komische Standpunkt erregte Heiterkeit. Im übrigen konnte der Bezirksverordnetenvorsteher Arndt nachweisen, daß die Vorwürfe Langes nicht zutreffen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 200 M. Der Rechtsanwalt des Nebenklägers, Siegfried Weinberg, betonte in seinem Plädoyer, daß Herrn Lange endlich einmal die Lust genommen werden müsse, sich derart rabiat zu benehmen. Der Verteidiger Langes, Rechtsanwalt Löwenthal, verließ sich, als daran erinnert wurde, daß Lange auch dem Volksparteiler Fraß ein Intenafah an den Kopf geworfen hatte, zu der ungläublichen Geschnacktheit: „Soll man gleich Handgranaten nehmen? Die Zeit ist noch nicht da!“

Das Gericht erkannte schließlich auf eine Geldstrafe von 150 M., im Nichtbeitreibungsfalle 15 Tage Gefängnis. Außerdem wurde dem Beleidiger die Befugnis zugestanden, das Urteil nach Rechtskraft im „Vorwärts“ und „Neuköllner Tageblatt“ zu veröffentlichen.

Auch Kommunist Weise verurteilt.

Am gleichen Tage wurde auch gegen den Kommunisten Weise wegen grober Beschimpfung des Stadtverordnetenvorstehers Arndt verhandelt. In der gleichen Sitzung, in der Lange dem Vorsteher die Glocke nachwarf, hatte Weise Arndt als „erbärmlicher Lügner“ bezeichnet. Als die Kommunisten ihren Radau veranstalteten, weil auf der Presstribüne ein Kriminalbeamter sei, hatte der Bezirksverordnetenvorsteher auf Befragen erklärt, daß ihm davon nichts bekannt sei. Der Kommunist Weise glaubte dem Vorsteher nicht und rief ihm zu: „Sie sind ein erbärmlicher Lügner.“ Bezirksverordnetenvorsteher Arndt gab in seiner Zeugnisaussage eine genaue Darstellung der Vorgänge. Die Karten zu den Tribünen werden zum großen Teil über die Fraktionen ausgegeben; ihm fehle jede Kontrolle, wer im Besitz von Tribünenkarten sei. Er konnte also unmöglich wissen, daß, wie es sich nachträglich herausgestellt habe, ein Stadtverordneter tatsächlich einem Kriminalbeamten eine Tribünenkarte verabfolgt hatte. Da die Presstribüne von der übrigen nicht scharf abgegrenzt ist und auch keine besondere Kontrolle für die Presstribüne stattfindet, ist es immer möglich, daß dort auch Tribünenbesucher sitzen. Nach dieser Darstellung, die auch unterstützt wurde durch eine Reihe Zeugnisaussagen, beantragte der Staatsanwalt gegen Weise eine Freiheitsstrafe von 3 Wochen. Das Gericht erkannte auf 150 M. Geldstrafe oder 15 Tage Gefängnis.

Der Stadtschulrat erklärt: „Ich habe nicht einen Pfennig von Lieferanten der Stadt erhalten.“

Der Zustand des schwermkranken Stadtschulrates hat sich gestern wieder verschlechtert. Npzdahl wird noch für längere Zeit an das Bett gefesselt sein. Inzwischen geht die heftige gegen ihn mit verstärkten Mitteln weiter. Ein kommunistisches Blatt versuchte gestern den Ansehens zu erwecken, als ob Npzdahl seine Krankheit nur vorläufige, um sich vor Vernehmungen zu drücken. Weiter regt man sich darüber auf, daß er während seiner Erkrankung bei einem Partisfreunde, dem Direktor des Ostar-Helene-Heimes, Aufnahme gefunden hat. Tatsächlich ist der Stadtschulrat bereits am Karfreitag von dem behandelnden Arzt als schwerkranker Mann bezeichnet worden und lediglich weil der Arzt nicht täglich nach Mahlsdorf-Süd, dem Wohnort Npzdahls, kommen konnte, hat der Erkrankte das Angebot seines alten Jugendfreundes, der in Jendowsk wohnt, angenommen. Die Nationalsozialisten beabsichtigen, in der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag einzubringen, in dem behauptet wird, der Stadtschulrat habe für die Vermittlung von Pianoankäufen eine Provision von 10 Proz. erhalten. Weiter heißt es, daß Npzdahl auch an einem Grundstückskauf in Schmöckwitz beteiligt gewesen sei. Der Stadtschulrat erklärt hierzu, daß er niemals von irgendwelchen Lieferanten der Stadt auch nur einen Pfennig erhalten habe. An dem Grundstücksgeschäft, das überhaupt nicht abgeschlossen worden ist, sei er gänzlich unteilhaftig. Zu den übrigen Vorwürfen hat Npzdahl jeht seinem Anwalt, Reichsstaatsangeordneten Otto Landsberg, eine ausführliche Erklärung zugehen lassen, deren wichtigste Stellen wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben.

Vor Jahren wurde als Vertreterin der Firma Bely in meiner Sprechstunde die Gräfin Talleyrand, die ich damals zum ersten Male sah, vorstellig und legte ein Angebot auf eine Sonderlieferung vor. Dielem Antrage habe ich, wie auch Anträgen anderer Verleger, stattgegeben. Bei solchen Aufträgen handelte es sich aber ausschließlich um Bestellungen von Büchern, die von der Aufsichtsbehörde genehmigt waren oder von solchen, deren Beschaffung durch die Deputation für Schulwesen beschlossen worden war. Irgendwelche weiteren Aufträge habe ich der Gräfin T. nie gegeben;

die Behauptung des Herrn Mejer, es beständen zwischen der Gräfin T. und mir intime Beziehungen, bezeichne ich als eine elende Verleumdung.

die um so widerlicher dadurch wird, daß meine Frau seit Jahren mit ihr befreundet ist und außerdem die Anzeige offenbar als Kacheakt angesehen werden muß.

Die Zulassung weiterer Sortimenter zu den vier vorhandenen wurde abgelehnt, wenn es sich um solche handelte, deren Geschäft nicht in Alt-Berlin lag oder die nicht über einen größeren

Kreis von Schulen als Kunden verfügten. Daß ich auf ein besonders billiges Angebot der Buchhandlung für deutsche Lehrer auf Grund besonderen Vortrags von Herrn Borchardt eine Abschnung erteilt habe, bestreite ich. Es ist wohl überflüssig, zu erwähnen, daß ich keine Kenntnis von besonderen Zuwendungen der Sortimentler an Herrn Borchardt gehabt habe; es trifft zu, daß ich für ihn wie für alle anderen Beamten für eine Beförderung eingetreten bin auf Grund eines Vorschlags von Herrn Büro-Direktor Hanske. Im Falle Borchardt ist sogar die Vertretung des Beamtenrats bei mir vorstellig geworden, mich für seine Beförderung einzusehen. Von der Einleitung der Untersuchung gegen Borchardt wurde mir amlich durch Herrn Büro-Direktor Hanske Kenntnis gegeben. Persönlich bin ich nie vernommen worden, wohl aber hat man es für nötig gehalten, Beamte meines Büros darüber zu vernehmen, ob Herr Borchardt von dem Stadtschulrat besonders begünstigt wird. Erst nachdem der Antrag auf Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen B. und die Weiterleitung der Untersuchung an den Staatsanwalt abgegeben wurde, wurden mir die Akten zur Kenntnisnahme vorgelegt. Gegen dieses Verfahren habe ich in einer Sitzung der Personalkommission Einspruch erhoben. Meinem Antrage, einen ergänzenden Bericht an den Herrn Oberpräsidenten und den Staatsanwalt nachzureichen, wurde damals zugestimmt. Auf Grund einer Rücksprache mit Herrn Stadtdamman Hajekow, der der Auffassung war, ich würde lediglich als Zeuge vernommen werden, nahm ich Abstand von der Einreichung eines solchen Nachtrags, zu dem ich auf Grund der Presseangriffe jeht allerdings gezwungen bin.

Eine Nachprüfung der Preise unserer Schulbücher habe ich vornehmen lassen durch einen Vergleich mit den Schulbüchern des Thüringischen Staatsverlages. Es stellte sich heraus, daß die Bücher dieses Verlages durchgängig teurer waren. Zu den Behauptungen der „Deutschen Zeitung“ über die Befestigung von Reliefs- und Wandkarten bemerke ich folgendes: Die Reliefsbilder, die ich persönlich für ein wertvolles Lehrmittel für den kartographischen Unterricht halte, sind durch Herrn Stadtrat Benedek, als er die Geschäfte des Stadtschulrates führte, bestellt worden nach erfolgten Beschlüssen der Deputation für Schulwesen und des Magistrats. Daß ich persönlich Wandkarten mit den alten Grenzen bis zum Betrage von 200000 M. bestellt haben soll, ist eine glatte Erfindung. Die Beschaffung der Karten ist eine Angelegenheit der Schulen. Dem Stadtverordnetenausschuss zugestellten Bericht über das Landschulheim Birkenwerder füge ich bei. Die Bemerkung der „Roten Fahne“, ich hätte von der Firma Karstadt ein Geschenk in Höhe von 9000 M. erhalten, ist erlogen.

Lazarus gegen Zeileis.

Erster Zurückzieher des Wunderdoktors.

Der Galtspacher „Wunderdoktor“ Zeileis hatte gegen den Berliner Universitätsprofessor für innere Medizin Dr. Paul Lazarus, einem Forscher auf dem Gebiete der Strahlenheilkunde, eine Klage auf Unterlassung verschiedener Behauptungen angestrengt, die am 8. Mai vor dem Landgericht III in Berlin zur Verhandlung steht. Zeileis hat nach Erhalt der sehr ausführlichen Klagebeantwortung des Professor Lazarus seine Hauptanträge jeht zurückgezogen.

Die Hauptanträge gingen dahin: „es sei einer, für jeden Fall der Zuwiderhandlung vom Gericht festzusetzenden Geldstrafe unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe zu unterlassen, die Behauptung aufzustellen, a) daß das von den Klägern angewandte Verfahren wissenschaftlicher Grundlage entbehre, eine Kurpfuscherei, Schwindel, Volksbetrug, Massensuggestion, überhaupt keine ernstzunehmende Therapie sei, b) daß Patienten der Kläger ihre Verheerlichkeit mit dem Tode oder dauerndem Siechtum gebüßt hätten, c) daß das von den Klägern angewandte Verfahren höchstens bei Krankheiten psychogenen Ursprungs, Hysterikern usw. Heilerfolge aufweise, daß ernsthafte organische Erkrankungen hierdurch niemals geheilt werden könnten.“ Am 8. Mai findet in dem Klageverfahren Zeileis gegen Lazarus zwar eine Verhandlung statt, aber lediglich über den Anspruch, dem Professor Dr. Lazarus die Behauptung zu verbieten, daß er sich in Galtspach persönlich unterrichtet habe und

daß er in zwei Münchener Zeileis-Instituten sich dem Zeileis-Verfahren ausgekehrt und hierbei falsche Diagnosen davongetragen habe.

Kommunisten am Bülowplatz.

Für gestern abend hatten die Kommunisten zu einer ihrer gewohnten Protestdemonstrationen nach dem Bülowplatz gerufen. Die Beteiligung war mittelmäßig. Die Reden beschränkten sich auf die bekannten Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie. Lediglich bei dem An- und Abmarsch der Demonstrationen zogen es zu kleinen Zwischenfällen. Ingesamt erfolgten 22 Festnahmen wegen Tragens der Uniform des verboltenen KfzB. und wegen Waffensbesitzes. Am Koppentplatz wurde in den Abendstunden der Vorsteher des zuständigen Reviers, als er einen kommunistischen Demonstranten feststellen wollte, von etwa 20 bis 30 Kommunisten, die zum großen Teil die Uniform der Roten Frontkämpfer trugen, überfallen und niedergeschlagen. Der Beamte erlitt glücklicherweise nur leichte Kopfverletzungen, so daß er seinen Dienst weiter versehen konnte. Das alarmierte Leberfallkommando schritt ein und nahm eine Durchsuchung des kommunistischen Verteilernetzwerks am Koppentplatz vor. Die Suche nach den Tätern verlief jedoch ergebnislos.

Haarzerzähne. Die Spezialanstriche der Chlorodont-Zahnbürste ermöglicht das Reinigen und Weißputzen der Zähne auch an den Seitenflächen. Nur echt in blau-weiß-grüner Originalpackung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

Kurt Offenburg: Frankreichs größter Profsakünstler

Gustave Flaubert zum 50. Todesstag

I.

Die geniale Begabung, die ihrer eigenen Zeit gegenüber immer revolutionär erscheint...

Nur wenige Menschen erkannten, daß der Roman der „Madame Bovary“ eine Tat war...

II.

Kaupmann, der Schüler Flauberts, erzählt eine Anekdote, die fast zu charakteristisch ist...

Wieviel nun auch an diesem Vorfall wahr sein mag oder nicht, das ist gleichgültig...

1856: „Madame Bovary“; 1863: „Salammbô“; 1869: „Education sentimentale“; 1874: „Die Versuchung des heiligen Antonius“...

Dies wäre das Ideal des Naturalismus: alle Kunst, aller Schöpfungs-wille, alles Schönheitsbewußtsein in die Masse gegossen...

Bevor Flaubert die erste Zeile niederschrrieb, sammelte er Notizen, die allmählich Bände füllten...

Der Stil war der Gott Flauberts, dem er ungegähnte, verzweifelnde Opfer brachte...

Dieser „Roman aus dem alten Karthago“ erschien 1863. Das Publikum, das eine zweite „Madame Bovary“ erwartete...

morgana schildern, indem ich die Verhältnisse des modernen Romans auf das Altertum anwandte...

Ende 1869 erschien die „Sentimentale Erziehung“. Ihre erste Fassung unter dem Titel „Jules und Henry“ wurde...

Immer größere Stoffe loden. In „Antonius“ treffen die Welten um den Bischof. „Die Versuchung des heiligen Antonius“...

Und dann folgte das Werk des alten, enttäuschten Romantikers, des janastischen Wahrheitsjuders: „Bouvard und Pécuchet“...

J. Steiner-Jullien:

Verwirklichter Wunschtraum

In unserer Jugend lasen wir alle irgendwelche utopische Träumereien vom künftigen sozialistischen Wunderland...

Am Sonntag habe ich diesen Wunschtraum verwirklicht gesehen. Zehntausende werden ihn erleben: der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund...

So wird auch verständlich, wenn Johannes Reger uns warnend zuredet...

Dieses Werk war dichterisch nicht zu bewältigen. Aber was aus dem ungeheuerlichen Kampf der armen Don Quixotes...

Es wären in diesem Zusammenhang noch die „Drei Erzählungen“ zu erwähnen: „Herodias“, „Die Sage vom heiligen Julian...“

Flaubert, der stets eine große Vorliebe für das Theater hatte, schrieb zwei Stücke für die Bühne...

III.

Gustav Flaubert ist 1821 in Rouen geboren. Seine Jugendzeit verlief ebenso wie sein übriges Leben...

Er studierte in Paris Rechtswissenschaft; mit achtzehn Jahren unternahm er seine erste Reise nach dem Süden...

Am 7. Mai 1880 starb Flaubert, ein „armer und berühmter“ Mann, von spärlichen Freunden...

Flauberts ganzes Leben steht in seinen Werken. Dasein und Arbeit sind die unzerrenkliche Einheit...

den jetzigen Untergrund der Beistigkeit gewinnen sollen, der dem noten, der in der Wirtschaft und in der Politik führen will...

Die architektonische Großtat dieses Bawes beruht nicht so sehr darauf, daß die weitgestreckten Bauarbeiten gleichsam ein sind mit der Landschaft...

Der Regenwurm und die Farben

Über die verschiedene Wirkung der einzelnen Bestandteile des Lichts auf wirbelloste Tiere hat Heg schon früher interessante Beobachtungen gemacht...

Eine eigenartige Brutstätte befindet sich im Pariser Konservatorium. Vor etlichen Jahren kam der damalige Direktor des Museums in ein kleines Birshaus...

